

hauptmann Bögl. Auch die Reden der anderen Teilnehmer zeigten die über das Ereignis hinausreichende politische Intention und Bedeutung. So sagte der ungarische Außenminister János Péter, dessen Gegenbesuch demnächst in Wien erwartet wird:

„Die Nachbarschaft überträgt uns eine große Verantwortung. In dieser Verantwortung haben wir noch Aufgaben zu lösen, die nicht nur von Bedeutung sind für unsere beiden Länder, sondern sich auch auf die internationalen Beziehungen günstig auswirken können.“

Dr. Kreisky erwähnte in herzlichen Worten die Aufnahme der österreichischen Delegation, die „weit über die formellen Pflichten eines Gastgebers hinausging“. Es sei unverkennbar,

„daß von ungarischer Seite nicht beachtet ist, die traditionelle Verbindung,

die zwischen Österreich und Ungarn seit Jahrhunderten besteht, zu ignorieren.“

Aus den Reden aller prominenten Teilnehmer kommt mehr oder weniger konkret das Bewußtsein zum Ausdruck, daß hier ein wesentlicher Beitrag zur friedlichen Koexistenz und zu einer konstruktiven Zusammenarbeit in Mitteleuropa geleistet wurde. Der häufige Gebrauch des Wortes „Mitteleuropa“ ist an sich bemerkenswert. Den einseitigen und geographisch falschen Europa-begriff des Kalten Krieges lehnte der VP-Staatssekretär Dr. Bobleter mit den Worten ab:

„Europa endet nicht am Böhmerwald, an der Leitha und an der Drau.“

Wenn dies der Grundsatz einer konsequenten österreichischen Außenpolitik der Zukunft ist, kann man ihr nur zustimmen.

Dr. Friedrich Kollmann, Wien

Die Lage

Dr. Achim v. Borries

Der Primat der Entspannung

I

Blickt man auf die ersten Wochen des Jahres 1965 zurück, so gewinnt man den Eindruck, als sollte es in diesem Jahre zu einer entscheidenden Klärung in der Deutschland-Frage kommen; zu einer Klärung freilich zunächst im negativen Sinne, ohne die indes eine Überwindung der heutigen Stagnation der Bonner Politik unmöglich ist. Es hat den Anschein, als sollte dieses Jahr das Jahr des Schlußstrichs unter die bisherige Deutschland-Politik des Westens werden. Gezogen worden ist dieser Schlußstrich freilich schon vor längerem, aber gesprochen hat man davon bis jetzt nur verhüllt. Diese Zeit einer Art psychologischer Schonfrist für Bonn geht offenbar zu Ende.

Das neue Jahr begann mit einem Eklat. Der Bundesregierung wurde von Washington recht unmißverständlich bedeutet, daß die amerikanische Regierung die in den letzten Wochen des Jahres 1964 von Bonn immer wieder mit Nachdruck geforderte westliche „Deutschland-Initiative“ für sinnlos halte, solange nicht von konkreten westlichen Vorschlägen hinsichtlich der Frage der künftigen deutschen Ostgrenzen und des militärischen Status eines wiederver-

DIE LAGE

einigten Deutschland ausgegangen werden könne. Eine Bereitschaft, diese Aprioris jeder Wiedervereinigung realistisch zu diskutieren, hat aber gerade die Bundesregierung seit Jahr und Tag vermissen lassen. Nun zeigt es sich ganz klar, daß die USA nicht daran denken, die bisherigen Erfolge ihrer Entspannungspolitik und ihre weiteren Pläne auf diesem Gebiet durch ein nach Lage der Dinge von vornherein aussichtsloses, rein deklamatorisches Vorpellen in der Deutschland-Frage aufs Spiel zu setzen. Indem sie so deutlich wie nie zuvor von der Notwendigkeit sprechen, zunächst einmal den unerläßlichen Preis für jede Lösung des Deutschland-Problems zu erörtern, geben sie zu verstehen, daß sie das Problem der Wiedervereinigung Deutschlands nur mehr im Rahmen der entspannungspolitischen Probleme sehen können. Dem entsprechen die Andeutungen des amerikanischen Außenministers Rusk in einem Fernsehinterview mit NBC am 3. Januar: die USA könnten eine gewisse Reduktion ihrer Streitkräfte in Europa in Erwägung ziehen, wenn dadurch die Gefahr eines militärischen Zusammenstoßes gemildert werden könnte.

Das konzessionslose Nein Washingtons zu dem Plan einer neuen westlichen „Deutschland-Initiative“ hatte erwartungsgemäß zur Folge, daß die Bundesregierung wieder mehr als in den letzten Monaten auf die französische Karte setzte, zumindest, nicht zuletzt aus wahltaktischen Gründen, den Eindruck zu erwecken versuchte, sie habe an dem Frankreich des Generals de Gaulle nach wie vor eine verlässliche Stütze ihrer Deutschland-Politik. Offenbar hat das Treffen zwischen de Gaulle und Bundeskanzler Erhard in Rambouillet in psychologischer Hinsicht zu einer gewissen Entkrampfung der Beziehungen geführt. In der Sache aber, jedenfalls in allen entscheidenden Fragen, hat de Gaulle dem Kanzler keinerlei Zugeständnisse gemacht. Die wohltönenden rein verbalen „Zusagen“ des Generals in der Wiedervereinigungs-Frage, von denen Erhard bei der Rückkehr nach Bonn so zufrieden sprach, sind höchst allgemein und unverbindlich gehalten, weit mehr eine Konzession an den vor einer entscheidenden Wahl stehenden CDU-Politiker als an den Bundeskanzler Erhard.

Die Bonner Euphorie, die auf Rambouillet folgte, war denn auch wenig motiviert. Die gut unterrichteten „Basler Nachrichten“ meldeten aus Paris, die dortige „Nachlese“ zu dem Treffen der beiden Staatsmänner sei „wesentlich nüchterner als in Bonn“ (23. I. 65). Das Blatt wies vor allem auf die absolut unnachgiebige Haltung de Gaulles in der Frage der atomaren Mitsprache der Bundesrepublik hin:

„In französischen Augen ist es ein Widerspruch, wenn die Bundesrepublik gleichzeitig die Wiedervereinigung wünscht und eine integrale oder partielle Atommacht werden will. Die Wiedervereinigung wird nicht erreicht, wenn Deutschland den Ostsatelliten Furcht einflößt.“

(Man möchte anmerken: es ist traurig genug und ein Armutszeugnis für die Bonner Politik, aber auch für die deutsche Öffentlichkeit, daß wir auf solch elementare Zusammenhänge von außen aufmerksam gemacht werden müssen!) Nach einem Bericht des „Observer“ vom 3. Januar hat de Gaulle für den Fall einer Beteiligung der Bundesrepublik an der geplanten MLF oder einer anderen „nuklearen Gemeinschaftslösung“ Frankreichs Rückzug aus der NATO und eine Aufkündigung des deutsch-französischen Vertrages angedroht. Diese Unbedingtheit des Generals in der Frage der Beteiligung der Bundesrepublik an der westlichen Atomrüstung muß auf dem Hintergrund seiner „Großeuropa-Politik“ verstanden werden: diese Politik intensiverer Kontakte mit den osteuropäischen Staaten — erinnert sei in diesem Zusammenhange an den Besuch des ungarischen Außenministers Janos Peter in Paris im Januar, dem in absehbarer Zeit ein Gegenbesuch Couve de Murvilles in Budapest folgen soll —, ist von vornherein zum Mißerfolg verurteilt, wenn die mit Frankreich verbündete Bundesrepublik

DIE LAGE

zur Atommacht wird. Denn das würde zu einer neuen Zuspitzung der Lage in Europa führen und die bisher angebahnten Kontakte zwischen Ost und West zunichte machen oder doch ernstlich gefährden.

Auf seiner Pressekonferenz am 4. Februar hat de Gaulle nun auch die sogenannte Viermächte-Verantwortung für die Wiedervereinigung Deutschlands faktisch für tot erklärt — indem er mit keinem Wort von ihr, um so mehr aber von der Wiedervereinigung Deutschlands als einem die europäischen Nachbarn Deutschlands unmittelbar berührenden Problem sprach. Jene Viermächte-Verantwortung aber war bis jetzt die Grundlage der Bonner Deutschland-Politik, ungeachtet der Tatsache, daß sie sich längst als Fiktion erwiesen hatte. De Gaulles Stellungnahme zu dieser Frage fiel zusammen mit einer neuen Erklärung der sowjetischen Regierung, die einmal mehr die Verantwortung für die Lösung des Wiedervereinigungs-Problems an die DDR delegierte, sich selbst für nicht mehr zuständig bezeichnete. Nimmt man hinzu, daß die britische Regierung nach den jüngsten Berichten aus London für 1965 verschiedene Abrüstungs- und Entspannungs-Initiativen plant und bei der Vorbereitung des Alternativ-Projektes einer atlantischen Atommacht (AFN) dem sowjetischen Sicherheitsinteresse so weit wie möglich Rechnung zu tragen versucht, zum unverhohlenen Mißvergnügen der Bundesregierung, deren Drängen nach atomarer Mitsprache auch von dieser Seite gebremst wird: so zeigt sich klar der heute von allen Großmächten, die in der Deutschland-Frage unmittelbar engagiert sind, anerkannte Primat der Entspannungs-Politik vor jeder Wiedervereinigungs-Initiative.

II

Es fragt sich, ob man in Bonn daraus nun endlich die notwendigen Konsequenzen ziehen wird. Vorerst sieht es nicht danach aus. Die Reaktionen auf den Vorschlag Fritz Erlers, die Bundesregierung sollte in Vorbesprechungen mit Polen über die Frage der künftigen deutschen Ostgrenzen eintreten, und auf das aus dem Jahre 1964 stammende, aber erst jetzt bekanntgewordene Memorandum Willi Brandts zur Ostpolitik lassen wenig Gutes erwarten. Und es ist kein Trost, sich dabei daran zu erinnern, daß im Jahre 1965 Wahlen zum Bundestag stattfinden, die Parteien allesamt eifrig Wahlmunition sammeln und verschießen. Im Gegenteil, es muß befürchtet werden, daß gerade infolge des Wahlkampfes, wie ihn die Bonner Parteien nun einmal verstehen, eine öffentliche Erörterung dieser politischen Kernfragen schwerer denn je sein wird — in einem Augenblick, da sie unerläßlicher denn je ist!

Erlers Erklärungen auf einer Pressekonferenz in Berlin am 14. Januar wurden nicht nur von führenden CDU-Politikern, sondern auch von Bundespressechef von Hase scharf zurückgewiesen. Hase sagte, ein Gespräch mit Polen über die Grenzfrage könne für Bonn darum nicht in Frage kommen, weil Polen auf der Zweistaaten-Theorie bestehe . . . (Als ob nicht gerade Polen allen Grund hätte, auf ihr zu bestehen, nach den Erfahrungen der Jahre 1939—45 und auf Grund der Bonner Intransigenz in der Frage der deutschen Ostgrenzen!) Der Berliner CDU-Abgeordnete Stingl, einer der maßgeblichen Vertriebenen-Politiker seiner Partei, erklärte laut FAZ vom 2. Februar: „Bei der Wiedervereinigung könne niemand davon ausgehen, es könne sich nur um die Vereinigung der Zone mit der Bundesrepublik handeln. Deshalb müßten die Vertriebenen und alle politischen Kräfte darüber wachen, daß niemand in der Bundesrepublik den Rechtsanspruch auf die Grenzen von 1937 durch unzeitgemäße, voreilige und unnötige Angebote verletze“. Unzeitgemäß, voreilig, unnötig — zwanzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Deutschland!

DIE LAGE

Brandt wies in seinem — ebenso wie Erlers Erklärungen von amerikanischer Seite angeregten — Memorandum darauf hin, daß es keine Wiedervereinigung ohne Ostpolitik geben könne — eine in der Bundesrepublik noch keineswegs selbstverständliche Binsenwahrheit. Die CDU antwortete mit der töricht-polemischen Frage „Hält er Ostpolitik für vorrangig?“ und spielte im übrigen gewisse Prozedurfragen zu Ungunsten Brandts hoch, anstatt auf die bedeutsame Sache einzugehen. Der Bundeskanzler schließlich beeilte sich zu erklären, die Bonner Politik halte am Vorrang der Wiedervereinigung fest . . . Nur daß diese sogenannte Bonner „Wiedervereinigungspolitik“ mehr denn je stagniert und ohne Chance ist, solange sie darauf verzichtet, von dem Zusammenhang zwischen Entspannung und Wiedervereinigung auszugehen, solange sie es unterläßt, sich der Frage nach dem Preis zu stellen. Wer immer diese Frage heute in der Bundesrepublik realistisch zu erörtern wagt, muß es sich gefallen lassen, in der böswilligsten Weise als „Verräter“ denunziert zu werden. Das Wort vom drohenden „Ausverkauf der deutschen Interessen“ fällt dabei — und es wird ausgerechnet von denen benutzt, deren Aufrüstungs-Politik seit 1955 zu eben einem solchen Ausverkauf deutscher Interessen, des deutschen Interesses an Frieden, Sicherheit und Wiedervereinigung geführt hat!

Besonders aufschlußreich ist die These des CDU-Politikers Barzel (der die Rolle eines CDU-Schatten-Außenministers neben Gerhard Schröder übernommen hat), die Bundesrepublik sei an den von Brandt vorgeschlagenen Beziehungen zwischen EWG und Comecon nicht interessiert, weil damit doch nur der Status quo fixiert würde. Es gehe überdies um Beziehungen zu den Völkern Osteuropas, nicht aber zu deren Machthabern. Steht dahinter noch immer die Hoffnung auf so etwas wie eine „Befreiung“ Osteuropas und gar eine entsprechende „Mission“ der Bundesrepublik? In einem Augenblick, da von westlicher wie von östlicher Seite mehr Anstrengungen denn je gemacht werden, auf der Grundlage des Status quo die gegenseitigen Beziehungen zu verbessern und den Eisernen Vorhang durchlässig zu machen? Weiß man in Bonn überhaupt, wie die jetzige westdeutsche Politik bei den osteuropäischen Völkern eingeschätzt wird?

Der Schreiber dieser Zeilen hatte im Januar Gelegenheit, zwei Wochen lang die Verhältnisse in Ungarn zu studieren. Es kam dabei zu vielen zwanglosen Gesprächen auch mit Menschen, die keineswegs eingeschworene Kommunisten sind. Diese wie auch die ausgesprochen politischen Diskussionen ließen vor allem zweierlei erkennen: einmal den Wunsch nach einer Sicherung der gegenwärtigen relativen Selbständigkeit der ungarischen Innen- und Außenpolitik, nach einer Vermehrung der Kontakte aller Art mit dem Westen, nicht zuletzt mit der Bundesrepublik, sowie die Hoffnung auf eine weitere innere Liberalisierung und eine zunehmende Erhöhung des Lebensstandards. Zum anderen aber auch das Wissen darum, daß all dies nur möglich sein wird, wenn die weltpolitische Entspannung anhält und weitere Fortschritte macht. Man fürchtet jede neue Verschärfung der internationalen Lage, nicht allein, weil dadurch der Friede selbst bedroht werden könnte, sondern weil sie, selbst wenn es nicht zum Kriege käme, das seit 1956 Erreichte wieder in Frage stellen muß. So sieht man in allen Schichten der Bevölkerung, unabhängig von der Haltung zum System selbst, den elementaren Zusammenhang zwischen einer Verbesserung der Lebensverhältnisse im weitesten Sinne und einer Sicherung des Friedens in der Welt, vor allem in Europa. Und das bedingt die Einschätzung der Bonner Politik. Nicht, daß man sie als unmittelbar aggressiv, auf einen Krieg gerichtet betrachten würde (von der offiziellen Propaganda abgesehen); aber man empfindet sie als etwas die so unerläßliche Entspannung Hemmendes, Blockierendes, Störendes, als einen Unruhefaktor. So sehr man den Wohlstand der Bundesrepublik bewundert — so

DIE LAGE

wenig begreift man eine Politik, deren Hauptdogma die Hallstein-Doktrin, deren Hauptziel die Atomrüstung ist! Die Existenz zweier deutscher Staaten erscheint von Budapest aus gesehen als völlig undiskutierbare Realität, wie immer man diese beiden Staaten beurteilen mag.

III

Die Bundesrepublik hat in dieser Phase der Weltpolitik durchaus außenpolitische Möglichkeiten im allgemeinen und ostpolitische im besonderen. Um sie zu realisieren, muß man in Bonn freilich auf das zur Doktrin gewordene „Alles oder nichts“ verzichten. Eine Ostpolitik, die darauf ausgeht, die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges durch diplomatische oder machtpolitische Manipulationen nachträglich doch noch zu unseren Gunsten zu korrigieren, ist von vornherein zum Scheitern verurteilt. Sie würde neue Unruhe in Europa schaffen und die Bundesrepublik politisch und psychologisch noch mehr als bisher isolieren. Eine Politik behutsamer Kontakte aber, verbunden mit konkreten Vorschlägen für eine militärpolitische Entspannung in Europa und einer unzweideutigen Anerkennung der seit 1945 bestehenden Grenzen, würde die Bundesrepublik zu einem vertrauenswürdigen Partner der osteuropäischen Staaten machen. Und man sage nicht, das sei nicht viel!

Daß eine solche realistisch-kontaktfreundige Osteuropa-Politik gleichzeitige Bemühungen um eine Milderung der Spaltung Deutschlands durch Verhandlungen mit der DDR nicht ersetzen, sondern nur ergänzen kann, ist an dieser Stelle schon einmal betont worden. Es gilt heute mehr denn je. Die Politik des Als-ob-nicht gegenüber der DDR erleidet auf dem Felde der internationalen Politik immer mehr Schiffbruch: die Einladung Ulbrichts nach Kairo ist das bisher eindrücklichste Exempel dieser Art. Sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene wird man sich in Bonn an die Koexistenz zweier deutscher Staaten gewöhnen müssen. Erst wenn man diese faktische Zweistaatlichkeit zum Ausgangspunkt der zukünftigen Deutschland-Politik macht, anstatt einfach von ihr wegzusehen und sich in einer politischen Scheinwelt zu bewegen, wird man den Status quo in Deutschland bessern können. Die „Politik der kleinen Schritte“ in Berlin hat das gezeigt, und es ist zu hoffen, daß sie von beiden Seiten als Anfang verstanden wird. (Daß es hüben und drüben Kräfte gibt, die an dem früheren Zustand der Kontaktlosigkeit interessiert sind und sich in ihrem Doktrinarismus gegenseitig bestätigen, auf Kosten der Menschen in beiden Teilen Deutschlands, sollte die anderen, kontaktwilligen Kräfte um so mehr zu Bemühungen um ein Maximum an Verständigung anspornen!)

Das Jahr 1965 wird nicht nur ein Wahl-, es wird auch ein Zahl-Jahr sein. Wir müssen uns e n d l i c h darüber klar werden, daß wir für alles zwischen 1933 und 1945 Geschehene einen g e s c h i c h t l i c h e n Preis zu zahlen haben, wie sehr uns auch die Bonner Nachkriegspolitik in der Illusion gewiegt und diese Illusion immer wieder genährt hat, ein solcher Preis bliebe uns erspart. Es ist im Leben der Völker wie im Privatleben: wer sich hartnäckig weigert, eine anstehende Schuld ohne viel Aufhebens zu begleichen — dem wird diese Schuld je länger desto unmißverständlicher „präsentiert“. So aber wird es den Deutschen gehen, wenn sie es in ihrer großen Mehrheit auch weiterhin ablehnen, in der Frage der weltpolitischen Entspannung, der deutschen Ostgrenzen und der innerdeutschen Koexistenz eine realistisch-konstruktive Position zu beziehen. Gerade anlässlich des 20. Jahrestages der deutschen Kapitulation am 8. Mai 1945 wird man uns von vielen Seiten wiederum die geschichtliche Rechnung präsentieren, gerade je weniger wir bereit sind, über sie auch nur zu diskutieren! Und damit auch über die verhängnisvollen Fehler unserer bisherigen Nachkriegspolitik.

DIE LAGE

Die trotzig-weltfremden Äußerungen des Bundesjustizministers zum Problem der Verjährung von Nazi-Verbrechen — vgl. dazu die „Dokumente zum Zeitgeschehen“ in diesem Heft — zeigen mit erschreckender Deutlichkeit, wie ahnungslos man in Bonn noch immer ist, aber auch wie ausschließlich die Erörterung unserer politischen Grundfragen zur Zeit von rein wahltaktischen Gesichtspunkten bestimmt wird! Mehr denn je muß es darum in diesem Jahre die Aufgabe der nicht parteigebundenen Publizistik sein, diese Fragen nüchtern und konkret zu diskutieren. Doch nur wenn die von ihr vermittelten elementaren E i n s i c h t e n zu einer neuen und öffentlich wirksamen politischen W i l l e n s b i l d u n g führen, ist auf eine erfolgversprechende, das heißt Sicherheit und Freiheit fördernde, die Spaltung Deutschlands schrittweise überwindende und weltpolitisch vertrauenswürdige deutsche Politik zu hoffen.

Abgeschlossen am 5. Februar

Prof. Dr. theol. Wolfgang Schweitzer

Der christliche Glaube — Fessel oder Befreiung unserer Ostpolitik?

Wenn man als evangelischer Theologe zu Fragen der deutschen Ostpolitik Stellung nimmt, wird man als erstes auf den Einwand gefaßt sein müssen, daß der Theologe hier gar nicht zuständig sei. Nach diesem Einwand handelt es sich in der Ostpolitik zuerst einmal um politische und völkerrechtliche Sachfragen, die von Fachleuten zu erörtern sind — die Aufgaben des Theologen dagegen liegen auf dem Gebiet der Seelsorge am einzelnen Menschen, der den Sinn seines Lebens zu ergründen sucht . . . An diesem Einwand ist richtig, daß die Sachfragen ernst genommen werden müssen. Auch der Theologe muß sie ernst nehmen — hier wie anderswo, wenn es um Fragen des Lebens für den einzelnen und für die Gemeinschaft geht. Ein Irrtum dagegen ist es, anzunehmen, daß bei der Entscheidung solcher Sachfragen die Theologie überhaupt nicht mitzureden hat. Im Gegensatz zu allen spiritualistischen Auffassungen vom Christentum muß vielmehr an der Grundeinsicht festgehalten werden, daß der christliche Glaube es immer mit dem g a n z e n Menschen in allen seinen Lebensbezügen zu tun hat — und nicht nur mit seiner Stellung zu einem im abstrakten Jenseits gedachten Gott. Der Gehorsam gegen Gott, um den wir uns als Christen doch bemühen, wird zu einer Farce, wenn irgendein Lebensgebiet davon ausgenommen würde. Es ist nicht einzusehen, mit welcher Begründung die Politik — in diesem Falle also unsere Außenpolitik — davon ausgenommen werden könnte. Darüber sollte in der Christenheit verhältnismäßig schnell Einigung zu erzielen sein, jedenfalls beim jetzigen Stand der theologischen Diskussionen.

Nun wird seit einiger Zeit im Raum der evangelischen Kirche ziemlich offen darüber diskutiert, welche Ratschläge vom Glauben aus in Sachen Ostpolitik zu erteilen sind. Wie soll der Christ seinen Glauben in dieser Frage bewähren — sei es als verantwortlich mitdenkender Staatsbürger, sei es als Berufspolitiker in führender Stellung? Es werden hierauf vor allem zwei Antworten gegeben, die ich im folgenden kurz skizziere. Dabei muß ich mit der von mir selbst mitvertretenen Anschauung beginnen, weil sie bestimmte Gegenäußerungen hervorgerufen hat, die anders nicht verständlich wären.